



## Pressemitteilung

Nr. 20/2023 (26.07.2023)

### **Nationale Wasserstoffstrategie: Beschluss des Bundeskabinetts ist wichtig, bietet aber keine ausreichend konkrete Perspektive für den Hochlauf der Wasserstoff-Marktwirtschaft in Deutschland und Europa**

Berlin | Der DWV appelliert an die Bundesregierung, ein konkretes Marktdesign für die Erzeugung, Anwendung und den Transport von grünem Wasserstoff zu schaffen. Grüner Wasserstoff ist der entscheidende Garant, um Deutschlands und Europas vorhandene industrielle und technologische Vorreiterstellung zu sichern und gleichzeitig die ehrgeizigen Klimaziele für 2045/2050 zu erreichen.

Der DWV begrüßt, dass die Bundesregierung sich auf das Update der Nationalen Wasserstoffstrategie (NWS) einigen konnte, doch der heutige Kabinettsbeschluss wird von der Wasserstoffbranche als zu unkonkret und zu unambitioniert kritisiert. Die in der NWS enthaltenen Prüfaufträge für weitere Maßnahmen reichen nicht aus, um den bevorstehenden Herausforderungen und dem internationalen Wettbewerb gerecht zu werden sowie die wirtschaftlichen Chancen des Wasserstoffhochlaufs optimal zu nutzen.

Die Fortschreibung der NWS muss nun die Voraussetzungen für einen gezielten Hochlauf der Wasserstoff-Marktwirtschaft in allen Sektoren schaffen. Als Deutscher Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verband (DWV) e.V. stehen wir bereit, eng mit der Politik zusammenzuarbeiten, um die notwendigen Investitionsentscheidungen zu treffen und die Ziele bis 2030 und darüber hinaus zu erreichen.

Ein konkreter Punkt, der in der Fortschreibung der NWS vermisst wird, ist ein detailliertes Marktdesign für die Erzeugung, Anwendung und den Transport von grünem Wasserstoff in Deutschland. Doch dieses wäre von zentraler Bedeutung für die Erreichung der selbst gesteckten Ziele. Es ist unabdingbar zu wissen, wann, woher und in welchen Mengen Wasserstoff nach Deutschland importiert werden kann. [Eine bloße Ankündigung oder vage Umschreibung einer Importstrategie reicht hier nicht aus. Der DWV fordert die Bundesregierung daher auf, jetzt aktiv zu handeln und eine europäische Wasserstoff-Union zu initiieren, damit Europa seinen Wasserstoffbedarf in naher Zukunft größtenteils selbst decken kann.](#)

Sollten die weiteren Schritte für den Hochlauf der Wasserstoff-Marktwirtschaft, wie in der NWS angekündigt, verschoben werden, bleibt den wirtschaftlichen Akteur:innen kaum noch ausreichend Zeit, die Ziele bis 2030 zu verwirklichen. Der DWV ruft die Politik dazu auf, einen klaren Zeitplan und einen handlungsorientierten Rahmen festzulegen, der die Entwicklung und den Einsatz von grünem Wasserstoff in Deutschland und Europa entscheidend vorantreibt.

DWV-Vorstandsvorsitzender Werner Diwald verweist auf die Expertise des Verbandes und reicht der Politik die Hand: „Der DWV ist auf Basis seiner langjährigen Erfahrungen im Austausch mit der Politik, Verbänden und Industrie sowie der Kenntnisse seiner über 175 Mitgliedsunternehmen bereit, gemeinsam mit der Politik die Zukunft der Wasserstoff-Marktwirtschaft zu gestalten und eine nachhaltige, versorgungssichere und bezahlbare Energiewirtschaft zu realisieren. Diese Bereitschaft zeigte der Verband bereits im März dieses Jahres, als der DWV mit der [„NWS H2.0“ ein Gesamtkonzept für eine richtungsweisende Nationale Wasserstoffstrategie entlang der gesamten Wertschöpfungskette mit 68 Maßnahmen veröffentlichte.](#)“

#### **Im Hinblick auf die Fortschreibung der NWS möchte der DWV folgende Punkte hervorheben:**

- Die Bundesregierung darf sich nicht auf der vorgelegten Fortschreibung der NWS ausruhen. Die Rahmenbedingungen für ein Marktdesign für die Erzeugung, den Transport und die Nutzung von Wasserstoff müssen jetzt angegangen werden. Dabei ist die heimische Produktion zu stärken, aber auch der europäische Import von grünem Wasserstoff im Rahmen einer europäischen Wasserstoff-Union voranzutreiben.
- Der Hochlauf der Wasserstoff-Marktwirtschaft hängt nicht mehr von Förderprogrammen und Demonstrationsprojekten ab, sondern braucht verlässliche Rahmenbedingungen für die nächsten fünf Jahre. Die Wasserstoffbranche steht in den Startlöchern und wartet auf die Schaffung der richtigen Rahmenbedingungen durch die Bundesregierung. Erst dann können die notwendigen Investitionsentscheidungen getroffen werden. Das EEG hat gezeigt, wie man einen Wirtschaftsboom gestalten und auslösen kann. Dies gilt es nun mit Blick auf Wasserstoff zu wiederholen.
- Die Bundesregierung darf nicht nachlassen, den Wasserstoff-Hochlauf in Deutschland voranzutreiben. Die Fortschreibung der NWS enthält zahlreiche Maßnahmen, die noch in diesem Jahr und in den kommenden zwei Jahren umgesetzt werden müssen. Viel Zeit bleibt dafür nicht. Angekündigte Konzepte wie eine Importstrategie, ein Wasserstoffspeicherkonzept, Ausschreibungen für H<sub>2</sub>-fähige Kraftwerke und viele weitere Maßnahmen müssen schnellstmöglich kommen. Dazu muss auch auf der finanziellen Seite Planungssicherheit herrschen und die entsprechenden Programme im Bundeshaushalt verlässlich mit Mitteln für die nächsten fünf Jahre unterlegt werden.
- Viele vermeintlich kleine Maßnahmen könnten den Hochlauf von Wasserstoff erheblich voranbringen. So wartet die Branche seit Jahren auf die Novellierung der 37. Bundes-Immissionsschutzverordnung, die ohne jegliche Förderung sofort einen Markt für 2 GW Elektrolyse im Raffineriebereich schaffen würde. Es ist unverständlich, warum die Fortschreibung der NWS keinen klaren Arbeitsauftrag an das zuständige Bundesumweltministerium zur Umsetzung der Verordnung enthält, zumal es sich um die Umsetzung von EU-Recht handelt.
- So wie die Bundesregierung mit dem Osterpaket konkrete Ausbauziele für Erneuerbare Energien im Strombereich festgelegt hat, sollte es auch einen entsprechenden Ausbaupfad für die heimische Elektrolyse geben, um einen klaren Weg hin zu 10 GW Elektrolysekapazität aufzuzeigen.
- Der Ausbau der Erneuerbaren Energien muss vorangetrieben werden. Dies ist eine notwendige Voraussetzung für die Erzeugung von grünem Wasserstoff in Deutschland. Wasserstoff macht Erneuerbare Energien speicherbar, stabilisiert das Energiesystem und kann den Stromnetzausbau entlasten. Die Rahmenbedingungen für die heimische Elektrolyse müssen jetzt präzisiert werden, damit die Betreiber eine klare wirtschaftliche Perspektive für den Betrieb ihrer Anlagen haben. Hier bedarf es sinnvoller Vergütungssysteme und einer angepassten Regulierung, die derzeit noch hemmend wirkt. Darüber hinaus müssen klare Rahmenbedingungen für die Rolle von Wasserstoff-Sprinter- und Wasserstoff-Hybridkraftwerken im Energiesystem geschaffen und die entsprechenden Verordnungen nach §88 e/f EEG schnellstmöglich erlassen werden.

- *Der DWV begrüßt positiv, dass in der Fortschreibung der NWS die Anwendungsbereiche für Wasserstoff weiter gefasst werden als bisher. Die Wasserstoffanwendungen müssen jedoch auch durch politische Maßnahmen gefördert werden. Dabei muss eine sichere Versorgung der Industrie mit Wasserstoff gewährleistet werden, um die Dekarbonisierungsziele zu erreichen. Im Verkehrssektor muss durch die Ausschreibung des Einsatzes von bis zu 200.000 Brennstoffzellen-Lkw bis 2030 ein klares Signal gesetzt werden, dass an der Nutzung von Wasserstoff insbesondere im Schwerlastverkehr kein Weg vorbeiführt, wenn die Klimaziele im Verkehrssektor erreicht werden sollen.*
- *Der DWV begrüßt, dass in der NWS neben der unbedingt notwendigen heimischen Produktion von grünem Wasserstoff auch die Frage des Imports breit diskutiert wird. Zur Sicherstellung der Wasserstoffversorgung muss die Politik jetzt entschlossen handeln und eine Importstrategie beschließen, die klare Antworten auf die Fragen gibt, wann, woher und wie viel Wasserstoff in welcher Form importiert werden muss. Im Sinne einer kohärenten industrie-, energie- und geopolitischen Abwägung sollte der politische Fokus dabei auf der Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern und deren Anrainerstaaten liegen. Dabei sind Importe über Pipelines zu bevorzugen, um Wertschöpfungsketten in der EU zu halten.*
- *Der Prozess zur Modellierung eines Wasserstoff-Kernnetzes bis 2032 ist zu begrüßen und zu unterstützen. Allerdings muss die Frage eines Finanzierungsmodells von der Bundesregierung schnellstmöglich geklärt werden, bevor die Übertragungsnetzbetreiber im Herbst ihren Vorschlag der Bundesnetzagentur vorlegen. Auch für die zweite Stufe des Kernnetzes muss schnellstmöglich Klarheit geschaffen werden, damit potenzielle Betreiber von Wasserstoffnetzinfrastruktur und Verbraucher wissen, wann und wie sie an das Wasserstoffnetz in Deutschland angeschlossen werden können.*

## **Über den DWV**

*Der Deutsche Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verband e.V. (DWV) setzt sich seit 1996 für eine nachhaltige Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Industrie ein.*

*Der Aufbau einer grünen Wasserstoff-Marktwirtschaft als Bestandteil einer nachhaltigen Energieversorgung steht im Fokus des DWV. Mit unserem Engagement tragen wir dazu bei, die Klimaziele - bei gleichzeitigem Erhalt der Versorgungssicherheit und des Industriestandortes Deutschland - effizient zu erreichen. Dabei spielt Wasserstoff, der mit erneuerbaren Energien erzeugt wird, eine entscheidende Rolle.*

*Im Mittelpunkt der Verbandsaktivitäten stehen die Implementierung und Optimierung der erforderlichen marktwirtschaftlichen, technologischen und ordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Wasserstoffwirtschaft in den Bereichen Anlagenbau, Erzeugung, Transportinfrastruktur und Anwendungstechnologien. Um diese Herausforderungen global zu lösen, setzt sich der DWV auch für eine internationale nachhaltige Zusammenarbeit ein. Unsere über 410 persönlichen Mitglieder sowie über 175 Mitgliedsinstitutionen und -unternehmen stehen für bundesweit mehr als 1,5 Millionen Arbeitsplätze; der Verband repräsentiert somit einen bedeutenden Teil der deutschen Wirtschaft.*

Nachdruck frei — Belegexemplare erbeten

### **Ansprechpartner:**

Philipp Weiss – Robert Freitag  
Kommunikation und Presse  
news@dwv-info.de

### **Deutscher Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verband (DWV) e.V.**

Robert-Koch-Platz 4  
10115 Berlin

Register: Amtsgericht Berlin (Charlottenburg) VR 17205 – EU-Transparenzregister: 462906838391-79 - Steuer Nr. 27/663/55761

Vorstand: Werner Diwald (Vorsitzender), Thorsten Kasten